VERTEILER für Niederschriften der Bezirksvertretung JÖLLENBECK

1. Öffentliche und nichtöffentliche Sitzung

- a) Oberbürgermeister - per E-Mail -
b) Mitglieder der Bezirksvertretung

CDU

Erwin Jung – per E-Mail
Heidemarie Lämmchen – per E-Mail
Rico Sarnoch
Frank Strothmann – per E-Mail
Yvonne Quest – per E-Mail

SPD

Michael Bartels – per E-Mail
Niklas Bühner – per Mail
Thorsten Gäsing
Sarah Marlen Thöne

Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Feurich – per E-Mail
Dr. Silke Ghobeyshi
Vanessa Kleinekathöfer

DIE LINKE

Matthias Stiesch

FDP

Dr. Bodo Holtkamp – per E-Mail

AfD

Dr. Günter Dobberschütz – per E-Mail

- c) Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

CDU

Ansgar Leder – per E-Mail

Bündnis 90/Die Grünen

Jens Julkowski-Keppler – per E-Mail

FDP

Gregor vom Braucke – per E-Mail

- d) CDU-Ratsfraktion, SPD-Ratsfraktion,
Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion,
FDP-Ratsfraktion, DIE LINKE-Ratsfraktion
AfD-Ratsgruppe, Die PARTEI-Ratsgruppe - per E-Mail
- e) Stab Dezernat 1, 2, 3, 4, 5 - per E-Mail
Amt für Integration u. interkulturelle Angelegenheiten (170) - per E-Mail
Gleichstellungsstelle (005) - Frau Hufendiek - per E-Mail
Leiter des Presseamtes (130) - per E-Mail
Rechnungsprüfungsamt (140) - per E-Mail
Bauamt (600) - per E-Mail
Arne Steinriede (600.42) - per E-Mail
BA 161, 162, 163, 164 - per E-Mail
Schriftführerin BV Jölllenbeck
Bezirksamt Jölllenbeck (2-fach)

2. Nur öffentliche Sitzung

Geschäftsstelle des Seniorenrates – 500.12 –

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Jöllenbeck
am 18.11.2021

Tagungsort: Aula der Realschule Jöllenbeck

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Michael Bartels

CDU

Herr Erwin Jung

Frau Heidemarie Lämmchen

Frau Yvonne Quest

Herr Frank Strothmann

Vorsitzender, Ratsmitglied

SPD

Herr Niklas Bühner

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Vorsitzender

Frau Dr. Silke Ghobeyshi

Frau Vanessa Kleinekathöfer

FDP

Herr Dr. Bodo Holtkamp

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

AfD

Herr Dr. Günter Dobberschütz

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben:

Herr Gregor vom Braucke (FDP)

Von der Verwaltung:

Frau Andrea Strobel

Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführerin

Herr Andreas Hansen

Bezirksamt Jöllenbeck

Nicht anwesend:

Herr Thorsten Gaesing (SPD)

Frau Sarah-Marlen Thöne (SPD)

Herr Rico Sarnoch (CDU)

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Bartels eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur heutigen Sitzung sind 2 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung eingegangen:

- zu TOP 7, Dritter Nahverkehrsplan. Der Antrag wird als TOP 7.1 aufgenommen und beraten
- zu TOP 10, Erlass der Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes.... Der Antrag wird als TOP 10.1 aufgenommen und beraten.

Ferner gibt es einen Dringlichkeitsbeschluss zum Thema lokales „Impflokale Nord“ im Stadtbezirk Jölllenbeck. Dieser Antrag wird im Anschluss an TOP 6 beraten und in die Tagesordnung eingefügt, so dass sich alle weiteren Tagesordnungspunkte um 1 nach hinten verschieben.

Die Vorlage zum Bauprogramm (Sondersitzung am 17.11.2021) soll als TOP 8 eingefügt und beraten werden.

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) sieht sich derzeit nicht in der Lage, das Bauprogramm hier und heute zu diskutieren und zu beschließen. Man ist nicht im Thema. Am Montag findet eine Diskussion mit Herrn Peter vom ISB statt. Das soll abgewartet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels hat zur Sondersitzung einen Rückblick verfasst, der unter TOP 3 als Mitteilung aufgenommen wird. Er erachtet einen Beschluss heute als möglich.

Herr Feurich bekräftigt noch einmal seine Aussage.

Herr Strothmann (CDU) erklärt, die 6 für den Stadtbezirk Jölllenbeck aufgeführten Maßnahmen seien für ihn schlüssig. Wenn jedoch Beratungsbedarf besteht, schließt er sich dem Anliegen an.

Herr vom Braucke (FDP – Ratsmitglied) erklärt, dass diese Vorlage auch im Rat nicht am 09.12.2021 beraten bzw. beschlossen wird.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen schlägt vor, das Bauprogramm zunächst in einer Arbeitsgruppe zu beraten. Diese könnte im Dezember stattfinden.

Herr vom Braucke schlägt vor, dass jede Fraktion einzeln ihre Fragen einreicht.

Die Fragen sollen bis Ende November im Bezirksamt gesammelt und eingereicht werden.

Eine Aufnahme der Vorlage in die Tagesordnung ist daher nicht erforderlich.

Die geänderte Tagesordnung wird

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 1   **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Jölllenbeck**

1.1 In der Anwohnerfragestunde werden Fragen rund um die Zuwegung des Baustellenverkehrs zum BPlan-Gebiet II/J 39 „Wohnen nördlich der Straße Böckmannsfeld, westlich der Straße Düsterfeld“ gestellt.

Angesprochen werden folgende Themen:

- Frau Edith Scholz, Amboßstraße 19: Baustellenverkehr über das Grünland
- Herr Armin Scholz, Amboßstraße 19: Baustellenverkehr durch die Amboßstraße
- Herr Egbert Klöpperpieper, Amboßstraße 20: Baustellenverkehr über die Straße Düsterfeld

Neue Aspekte wurden nicht eingebracht.

Im Lauf der Diskussion verliert Herr Bezirksamtsleiter Hansen eine Antwort des Amtes für Verkehr zum Baustellenverkehr. Die Amboßstraße ist als Zuwegung nicht aufgeführt.

Herr Bartels und Herr Hansen verweisen auf den Verfahrensstand. Im Aufstellungsverfahren zu diesem Bebauungsplan ist eine weitere öffentliche Beratung des Entwurfsbeschlusses durchzuführen, in der noch einmal alle Anliegen vorgebracht werden können.

Frau Scholz kritisiert hierzu, dass in der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung die Dame beim Bauamt sehr freundlich gewesen sei, auf ihre Fragen aber nur auf die Zuständigkeit anderer Ämter verwiesen habe.

Herr Bartels erklärt, dass allen Bezirksvertretungsmitgliedern die heikle Lage des Baustellenverkehrs bewusst sei und dass alle Beteiligten an einer vernünftigen Lösung interessiert sind.

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 1.1

1.2 Herr Stefan Schmitz, Böckmannsfeld 13, möchte sich zur Anfrage unter TOP 4.3 äußern. Im Böckmannsfeld sei noch nie etwas passiert. Anwohner kennen die Verhältnisse und fahren langsam. Bedenken bestehen jedoch bei Paketdiensten und beim Baustellenverkehr.

Eine Rückmeldung des Amtes für Verkehr zur Anfrage nach einer Einrichtung eines provisorischen Gehwegs ist noch nicht erfolgt.

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 1.2

1.3 Fragen von Herrn Armin Scholz, Amboßstraße 19, zum Weihnachtsmarkt in Jöllenbeck werden von Herrn Bezirksbürgermeister Bartels beantwortet.

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 1.3

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung der Bezirksvertretung Jölllenbeck am 07.10.2021

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, unter TOP 7 auf Seite 20 das Wort „Ringspiel“ zu streichen.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Jölllenbeck vom 07.10.2021 (Ifd. Nr. 9) wird unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.

einstimmig beschlossen

BV Jölllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 2

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Strobel macht folgende Mitteilungen:

3.1 Aufgrund von Straßenbaumaßnahmen im Auftrag von Straßen NRW vor der Ortseinfahrt Lenzinghausen werden die Spenger Straße (Bielefeld) bzw. die Bielefelder Straße (Lenzinghausen) voll gesperrt. Die Arbeiten beginnen am Montag, 25. Oktober und werden voraussichtlich 5 Wochen dauern.

Die Durchfahrt von Jölllenbeck Dorf nach Spenge ist in diesem Zeitraum nicht möglich. Der Anliegerverkehr ist frei. Eine weiträumige Umleitung über die Eickumer Straße, die Lübbecke Straße, die Bielefelder Straße (Pödinghausen), die Werther Straße (Enger) und umgekehrt ist ausgeschildert. Verkehrsteilnehmer zu Fuß oder mit dem Rad können die Baumaßnahme jederzeit passieren.

BV Jölllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 3.1

3.2 Der Immobilienservicebetrieb macht zur Verzögerung der Wiedereröffnung der Turnhalle auf dem Tie folgende Mitteilung:

Folgende Punkte haben die Baumaßnahme verzögert:

- Im Bereich des Zugangs/Einfahrt des Gebäudes befindet sich ein alter gemauerter Löschwasserbrunnen unter der Erde. Geplant war, diesen mit Stahlplatten für die Bauphase zu überdecken um die Baustelle zu erschließen. Nach Freilegung des Brunnens ist festgestellt worden, dass Stahlplatten nicht ausreichen und eine neue Betondecke erforderlich ist. Diese Betondecke musste erst vom Statiker berechnet werden, dann ausgeschrieben werden und nach Erstellung musste die Betondecke zusätzlich 3 Wochen aushärten damit sie mit Schwerlastfahrzeugen zu überfahren ist.

- Nach Freilegung der vorh. Holzbalkendecke in der Turnhalle ist festgestellt worden, dass ein Großteil der Balkenlage durch den „gewöhnlichen Nagekäfer“ beschädigt worden ist. Daraufhin wurde ein Sachverständiger beauftragt der ein Gutachten mit Handlungsempfehlung erstellt hat. Diese Handlungsempfehlung beinhaltet den Austausch der Holzbalkenlage. Das Holz musst von der Firma - in dem Zeitraum, als Holz lange Lieferzeit hatte aufgrund der Pandemie - bestellt werden.
- Aufgrund keiner Angebotsabgabe mussten einzelne Gewerke neu ausgeschrieben werden
- Aufgrund der Pandemie sind Firmen abgesprungen und zudem haben sich die Ausführungszeiten verzögert
- Durch die Verschiebung der Terminabfolge, fällt zudem die Weihnachtszeit ebenfalls in den Zeitraum dazu.

So führt ein Grund zum anderen und der Fertigstellungstermin rückt dadurch weiter nach hinten.

Herr Jung (CDU) fragt, ob der Zeitpunkt der Fertigstellung abzusehen ist? Die Vereine haben Probleme, ihre Trainingseinheiten durchzuführen?

Die Frage wird geklärt.

BV Jöllennebeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 3.2

3.3 Per Mail wurden alle Bezirksvertretungsmitglieder über folgendes informiert:

- am 15.11.2021 über eine Einladung zur Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Deportation nach Riga
- am 17.11.2021 über eine Einladung zum Aktionstag „Cities for life“ – Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe.

BV Jöllennebeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 3.3

3.4 Eingangs der Sitzung wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern ein Auszug aus der Sitzung des Naturschutzbeirates vom 29.06.2021 zum Thema Wohnmobilstellplatz am Obersee ausgehändigt.

BV Jöllennebeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 3.4

TOP 3.5 Herr Bezirksbürgermeister Bartels teilt folgendes mit:

Rückblick auf die Sondersitzung der Bezirksvertretungen, 17.11., Tor 6

In der öffentlichen Sitzung wurde die Beschlussvorlage zum städtischen Bauprogramm 2022 bis 2030 in erster Lesung beraten. Schwerpunkte der Beratung waren die umfangreichen Schulbaumaßnahmen und die Vorschläge zur „Entbürokratisierung“. Grundlage war eine über 100 einzelne Maßnahmen umfassende Liste, die bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 900 Millionen Euro alle in den nächsten neun Jahren umzusetzenden Projekte widerspiegelt.

Grundsätzlich ist so eine auf lange Sicht angelegte Übersicht zu begrüßen. Und in erster Näherung kommt der Stadtbezirk Jöllenneck auch einigermaßen gut dabei weg (Realschule, Rettungswache, Feuerwehrgerätehaus, Quartierszentrum – alle bis 2023, GS Theesen bis 2025). Die Idee, mit dieser Liste wirklich alle Projekte für die kommenden neun Jahre abschließend zu beschreiben, ist meiner Ansicht nach unrealistisch. Allerdings sollen Ausnahmen von der Liste tatsächlich einzig durch den Verwaltungsvorstand (!) genehmigt werden. Time will tell.

Zur „Entbürokratisierung“

Der Umfang dieses Bauprogramms übersteigt das jährliche Investitionsvolumen des ISB aus „normalen“ Jahren um das Vierfache. Da es unrealistisch erscheint, die Zahl der Mitarbeiter*innen beim ISB entsprechend zu erhöhen, soll dieses Pensum durch andere flankierende Maßnahmen erreicht werden. Dazu gehören u.a.:

- schnellere Entscheidungen, indem die Zeichnungsgrenzen der verschiedenen Ebenen in den Ämtern drastisch erhöht werden (weniger Abstimmungsbedarf)
- schnellere Umsetzung, indem insbesondere die Schulerweiterungsbauten auf einem Baukastensystem aufbauen werden, mit dem Effekt, dass mehrere Bauvorhaben gemeinsam behandelt und vergeben werden können und nicht mehr jedes einzelne Vorhaben gänzlich neu aufgerollt werden muss
- Abbau von Gestattungstatbeständen, indem diese an Landes- und Bundesrecht angepasst werden (man hat also tatsächlich jetzt in diesem Zusammenhang überprüft, welche Vorgaben ohnehin durch Land und Bund gemacht werden und konnte damit die eigenen Bielefelder Gestattungsvorgaben entrümpeln – es bleibt die Frage, warum so etwas nicht ohnehin laufendes Geschäft der Verwaltung ist)
- Entzug von Mitwirkungsrechten diverser Ausschüsse auf Rats-ebene bis Ende 2025. Dezernent Herr Moss: „Wenn nicht alle mitziehen und ihren Beitrag leisten, also Entscheidungsbefugnisse abgeben, wird das Programm nicht gelingen“, Techn. Betriebsleiter Herr Peter „Die Vorbereitung einer Vorlage kostet rund sechs Wochen“, Dezernent Herr Dr. Witthaus: „Wir können nicht mehr alle Statusgruppen an der Entscheidungsfindung beteiligen“ – hierzu ist anzumerken, dass eine Vorlage der Bauverwaltung möglicherweise für das jeweilige politische Gremium zusammengestellt wird, die einzelnen Bausteine einer Vorlage jedoch ohnehin aus ganz unterschiedlichen Gründen erstellt werden, auch ohne Beratung in einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss, warum das sechs Wochen dauert, bleibt unklar. Bei den Statusgruppen zielte Dr. Witthaus explizit auf Schulleitungen/Elternschaft/Schüler mit Hinweis auf die langwierigen Beratungen zur neuen Martin-Niemöller-Gesamtschule. Keine Rücksichtnahme auf Abstimmungsprozesse mit/in Schulen kommt in dieser Lesart der Verwaltungspraxis im Amt für Schule natürlich entgegen, damit wird diese quasi von oben sanktioniert. Seit dem Wechsel der Amtsleitung lässt sich da ja leider ein Desinteresse an einem konstruktiven Austausch mit den Schulleitungen feststellen.

Bei der Veränderung der Zuständigkeiten werden in der Vorlage die Bezirksvertretungen nicht erwähnt. Allerdings sind wir natürlich zumindest mittelbar betroffen, aber in dieser Hinsicht könnte die BV Jöllenbeck der Vorlage zustimmen, denn die wirkliche Auseinandersetzung dazu findet auf anderer Ebene statt.

Vielleicht ist auch interessant anzumerken, in welchen Zeiträumen gedacht und gehandelt wird. Auf Nachfrage aus dem Bezirk Stieghorst zu der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Lämmershagen, lautete die Antwort, dass das Feuerwehramt die Liste mit den gewünschten Umbaumaßnahmen erst vor sechs Monaten eingereicht hat und sie daher nicht berücksichtigt werden konnte.

Schulbaumaßnahmen

Für die Bezirksvertretung bedeutsamer sind die Schulbaumaßnahmen. Angesprochen von mir auf die Erweiterung des GS Theesen hat Herr Dr. Witthaus unmissverständlich klargestellt, dass hier keinerlei Fehlverhalten der Verwaltung vorliegt, alles wäre zeitnah im Schulentwicklungsplan abgebildet worden und wird jetzt umgesetzt. Das bedeutet im Umkehrschluss, ein Zeitrahmen von insgesamt neun Jahren für die Schulerweiterung um einen Zug ist das Maß der Dinge. Dieser Zeitrahmen plus die Festschreibung der oben erwähnten Liste könnte bedeuten, dass eine Erweiterung der GS Vilsendorf bis 2030 mindestens unwahrscheinlich ist. Ohne eine konkrete Zusage hinsichtlich der Erweiterung der GS Vilsendorf ist eine positive Entscheidung zu dem Satzungsbeschluss im Bebauungsplan Blackenfeld durch die Bezirksvertretung Jöllenbeck m.E. nicht vertretbar.

Auf die Nachfrage des Kollegen Rico Sarnoch zu einem möglichen Standort im Norden Bielefelds für die geplante neue weiterführende Schule, hat die Amtsleitung auf irgendwelche Wegebeziehungen und Schülerströme verwiesen, die allesamt einen innerstädtischen Standort nahelegen. Vor dem Hintergrund aktueller Stadtplanungskonzepte auch in dieser Stadt („15-Minuten-Stadt“) wirkte die Argumentation geradezu grotesk.

Bei Zustimmung zu der Vorlage sollte zumindest ein Hinweis auf die Erweiterung der GS Vilsendorf mit beschlossen werden.

Mike Bartels
Bezirksbürgermeister

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 3.5

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Mittelverwendung bei der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes (Anfrage der SPD-Fraktion v. 25.09.2021) Vorlage liegt Ihnen bereits vor

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Warum entspricht die Höhe der geplanten Investitionen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur im Stadtbezirk Jöllenberg nicht der von der Verwaltung angestrebten Zielgröße?

Hierzu liegt noch keine Antwort der Fachverwaltung vor.

BV Jöllenberg – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 4.1 –
Drucksachenummer 2519/2020-2025

Zu Punkt 4.2 Valide Daten über die Nutzung des "Anton" im Stadtbezirk Jöllenberg (Anfrage der SPD-Fraktion v. 30.10.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2798/2020-2025

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Gibt es bereits valide Daten über die Nutzung des Anton im Stadtbezirk?

Wird der auf zunächst 2 Jahre festgelegte Nutzungszeitraum verlängert?

Ist eine Erweiterung der Einsatzzeiten in die Abendstunden z.B. bis 20 Uhr und am Wochenende zumindest am Samstag möglich?

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Nach zwei Jahren Anton-Betrieb in Sennestadt und Jöllenberg ist eine kontinuierlich steigende Nachfrage nach dem On-Demand-System festzustellen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Situation ist diese Entwicklung bemerkenswert und höchst erfreulich. Anton hat sich eine stabile und zufriedene Stammkundenbasis aufgebaut. Im Gebiet Jöllenberg gab es seit Servicebeginn knapp 12.000 Fahrtanfragen. Insgesamt (Sennestadt und Jöllenberg) sind rund 3.800 Fahrgäste registriert, wovon knapp 400 Fahrgäste im Bedienungsgebiet Jöllenberg den Service regelmäßig nutzen.

Derzeit liegt für den On-Demand-Verkehr eine Genehmigung bis zum (31.08.2023) vor. Inwieweit der On-Demand-Verkehr darüber hinaus ausgebaut und verlängert werden kann, ist daher zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Eine Erweiterung der Einsatzzeiten in die Abendstunden und am Wochenende (wie vorgeschlagen) führt zu höheren Kosten bei der moBiel, die zukünftig durch die Stadt abgedeckt werden müssten. Eine solche Maßnahme ist derzeit nicht im Haushalt der Stadt vorgesehen.

BV Jöllenberg – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 4.2 –
Drucksachenummer 2798/2020-2021

Zu Punkt 4.3   **Gehweg Böckmannsfeld (Anfrage der SPD-Fraktion v. 08.11.2021)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 2832/2020-2025

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anfrage:

Könnte entlang des Böckmannsfeldes zumindest einseitig ein provisorischer Gehweg per Markierung angelegt werden?

Zusatzfrage:
Könnten während der Schulzeiten zumindest einseitig Parkverbote ausgesprochen werden?

Hierzu liegt noch keine Rückmeldung der Fachverwaltung vor.

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 4.3 –
Drucksachenummer 2832/2020-2025

Zu Punkt 5   **Anträge**

Zu Punkt 5.1   **Einrichtung einer Elternhaltestelle an der Grundschule Dreekerheide (gem. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke v. 30.10.2021)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 2797/2020-2025

Frau Lämmchen (CDU) fragt, warum nicht alle Parteien auf diesem gemeinsamen Antrag aufgeführt sind, zumal das zuvor so abgestimmt war.

Herr Bartels (SPD) erklärt, dass es sich um ein Missverständnis handelt.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert

1. an der Grundschule Dreekerheide in der Straße Am Bollhof eine Elternhaltestelle einzurichten,
2. im Zuge dessen an der gegenüberliegenden Straßenseite zur Grundschule im Bereich der Einmündung der o.g. Straße ein Geländer/eine Durchlaufsperre anzubringen,
3. die Tiefe der vorhandenen Parkplatzflächen um ca. 3 m zu verringern, indem z.B. Pflanzkübel aufgestellt werden.

einstimmig beschlossen

BV Jöllenberg – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 5.1 –
Drucksachenummer 2797/2020-2021

...

**Zu Punkt 5.2 Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge im Stadtbezirk Jöllenberg
(Antrag des Vertreters der FDP v. 09.11.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2836/2020-2025

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass heute ein Schreiben aus dem Umweltamt eingegangen ist. Es ist an die Bezirksvertretung Stieghorst gerichtet, gilt jedoch für alle Bezirksvertretungen. Darin heißt es:

Die FDP hat einen gleichlautenden Antrag in nahezu allen BVen (bisher ohne BV Mitte) gestellt. Zusätzlich wurde im AfUK am 16.11.2021 ebenfalls von der FDP ein ähnlicher Antrag gestellt und in 1. Lesung behandelt. Für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sind die Stadtwerke Bielefeld zuständig. Der AfUK hat deshalb darum gebeten die Stadtwerke Bielefeld in eine der nächsten Sitzungen einzuladen um zum Sachstand und weiteren Ausbau zur E-Ladeinfrastruktur vorzutragen. Wir bitten diese Information im Rahmen der Behandlung dieses Antrages auch unter dem Aspekt der überbezirklichen/stadtweiten Bedeutung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) erklärt, dass der Antrag in allen Bezirken gestellt wurde, weil die Ladesituation zu einem kritischen Punkt werden kann. Die E-Mobilität wird massiv ausgebaut. Jeder möchte einen Schnellladeplatz haben. In einer Fläche kann jedoch nur eine begrenzte Zahl von Wallboxen installiert werden. Wenn alle dies beantragen, bekommen vielleicht 3 Antragsteller pro Straße eine Box. Mehr gibt die Ladekapazität nicht her. Daher müssen öffentlich zugängliche Ladeplätze geschaffen werden.

Jeder solle sich diesbezüglich Fragen an die Stadtwerke überlegen, die dann diskutiert werden sollen.

Herr Stiesch (Die Linke) erinnert daran, dass diese Fragen bereits im AfUK beantwortet wurden. Es werden immer mehr E-Fahrzeuge kommen. Aber soll die Stadt für eine Übergangstechnologie komplett umgebaut werden? Die hohen Kosten gehen zu Lasten der Allgemeinheit. Nach Aussage von Herrn Uekmann können die öffentlichen Ladestationen nie rentabel betrieben werden. Das Laden an Laternen ist technisch nicht möglich, da diese nicht die Kapazitäten und Vorrichtungen haben und zentral ein- und ausgeschaltet werden.

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob die Rückmeldung des Umweltamtes diesen Antrag vorerst erledigt hat oder ob hier abgestimmt werden soll?

Herr vom Braucke (FDP – Ratsmitglied) spricht sich dafür aus, abzuwarten.

Herr Strothmann (CDU) sagt, der Großteil sei beantwortet und kann im AfUK diskutiert werden. Wenn die FDP den Antrag zurückzieht, schließt sich die CDU an.

Herr vom Braucke erklärt, dass dies für ihn 1. Lesung bedeutet. Es geht konkret um Jöllenbeck und um ein Problem mit der Infrastruktur. E-Mobilität ist ein klares Ziel. Aber die Kapazitäten sind nicht da.

Herrn Holtkamp fehlen konkrete Zahlen. Wie groß sind die Kapazitäten und wie weit kommt man damit. Wenn etwas nicht möglich ist, muss man auch das erfahren. Neue Laternen können aufgerüstet werden.

Herr Feurich erklärt, dass alle Laternen in Bielefeld ein eigenes Stromnetz haben, das für das Laden von E-Fahrzeugen ungeeignet ist. Ferner stehen Laternen nicht am Straßenrand sondern an Hauswänden. Ein Ladekabel quer über den Gehweg ist nicht zielführend.

Punkt 1 und 2 des Antrags kann er folgen. Aber Ladestationen an Laternen sind in Bielefeld nicht möglich.

Konkrete Zahlen liegen noch nicht vor, weil der AfUK die Erhebung erst jetzt in Auftrag gegeben hat.

Warum geht der Antrag nur vom Stromnetz aus, warum werden Photovoltaikanlagen außen vor gelassen?

Herr Bezirksbürgermeister Bartels findet es schlecht, wenn das Thema nur im AfUK beschlossen wird, da dieser zu weit weg vom normalen Leben ist.

Dem widerspricht Herr Feurich vehement und bittet, das im Protokoll festzuhalten.

Herr Bartels verweist auf die Einrichtung eines Partizipationsbeauftragten. Dafür wäre dies ein Thema. Es ist nicht geklärt, wie E-Fahrzeuge geladen werden können. Besonders Menschen ohne Eigentum sind betroffen. Haushalte mit eigener Solaranlage müssen in der Nacht für das Laden eines E-Fahrzeugs auf Stadtwerkstrom umschalten, es sei denn, sie schaffen sich zusätzlich einen Ladespeicher an. Dies und bestimmte Vertragsmerkmale führen dazu, dass sich die finanziellen Aufwendungen erst nach sehr langen Zeiträumen amortisieren. Herr Bartels ist kein Fan von E-Fahrzeugen, sieht aber derzeit keine Alternative.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

1. Lesung

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 5.2 –
Drucksachennummer 2836/2020-2025

Zu Punkt 6

Ergreifung kurzfristiger Maßnahmen zum Schutz Radfahrender im Stadtbezirk Jöllenbeck auf der Strecke Bielefeld-Theesen-Herford und Bielefeld-Jöllenbeck-Herford (Bürgerantrag nach § 24 GO NRW v. 20.10.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2799/2020-2025

Die Petentin erläutert ihren Antrag.

Seit 2020 gilt ein Mindestabstand von 1,5 m innerorts und 2 m außerorts. Die Einhaltung es Abstands soll auf der Jöllenbecker Straße, dem Telgenbrink und der Eickumer Straße überprüft werden. Die Laarer Straße ist nicht breit genug, um mit dem PKW überhaupt einen Fahrradfahrer überholen zu dürfen. Sie fährt dort zur Arbeit. Noch kein Fahrzeug ist hinter ihr geblieben, alle haben überholt – auch Fahrschulwagen und LKW. 2034 ist ein Radweg geplant. Sie beantragt auch, dass auf den ersten 300 bis 350 m Tempo 50 eingerichtet werden soll.

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) hat keine inhaltlichen Probleme, fragt jedoch, wie man diesen detailreichen Antrag umsetzen soll. Die Abstandsprobleme sieht er auch. Es gibt jedoch Bestandteile des Antrags, über die die Bezirksvertretung nicht beschließen kann. Auch liegen im Antrag bezeichnete Straßenabschnitte nicht in der Verantwortung der Stadt Bielefeld. Überholverbote mehrspuriger Fahrzeuge in der Laarer Straße hält er für problematisch. Die Straße ist zu eng. Er hält es jedoch für möglich, dass dieser Antrag ein Durchfahrverbot für Fahrradfahrer zur Folge haben könnte.

Herr Feurich spricht sich dafür aus, den Antrag als Prüfauftrag an das Amt für Verkehr zu leiten. Dort sollen Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die die Bezirksvertretung beschließen kann.

Herr Strothmann (CDU) lobt den Antrag als sehr ausführlich. Eine Prüfung beim Amt für Verkehr ist sehr sinnvoll. Von dort solle zurückgespiegelt werden, was umsetzbar ist und was die Bezirksvertretung beschließen kann.

Herr Stiesch (Die Linke) verweist auf schlimme Fahrradunfälle. Bei Fahrradschutzstreifen und Radfahrstreifen wird der Mindestabstand oft auf die Breite der Streifen reduziert. Viele Autofahrer kennen die Situation Radfahrender nicht aus eigener Erfahrung. Der Übermittlung des Antrags an das Amt für Verkehr stimmt er zu. Z.B. in Köln dürfen Radfahrer in Straßen, die zu eng sind, nicht überholt werden.

Herr vom Braucke (FDP – Ratsmitglied) möchte die Abstände von Fahrradfahrenden und Autofahrern nicht gegeneinander ausspielen. Es gibt schlechte Beispiele von beiden Seiten. Der Radfahrende ist jedoch der Schwächere. Er ist dafür, Parallelstrecken der Laarer Straße auszubauen und zu ertüchtigen. Ein besseres Netz für Radfahrende muss her. **Das Amt für Verkehr soll prüfen, wo Ausweichrouten bestehen und wo alternative Parallelstrecken ausgewiesen werden können.**

Herr Bühner (SPD) schließt sich den Ausführungen auch bezüglich der Ausweichrouten und Parallelstrecken an.

Herr Bartels hofft, dass die Ablehnung von Tempo 50 auf der Laarer Straße aufgrund der neuen Abstandsregelung für Radfahrende heute anders entschieden wird. Einen Ausbau kann die Bezirksvertretung wohl nicht beschleunigen. Auf dem Stadtgebiet von Herford gibt es einen Radweg.

Die Petentin erklärt, wenn sie nicht ganz rechts fahre, werden Autofahrer aggressiv. Sie wurde schon bespuckt und massiv ausgebremst. Eine Einladung zum Verkehrsausschuss in Herford verlief enttäuschend. Auch wurde eine Zuständigkeit Herfords aufgelehnt. Daher habe sie Bielefeld, Herford und Straßen NRW gleichzeitig angeschrieben. Jedoch wurde sie nur weiterverwiesen.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) gibt zu bedenken, dass der Zustand der Straße nicht kurzfristig verändert werden könne.

Herr Bartels erklärt, dass die Bezirksvertretung geschlossen hinter der Petentin stehe. Der Antrag solle wie vorgeschlagen als Prüfauftrag an das Amt für Verkehr verwiesen werden. Vielleicht ist Tempo 50 in der Laarer Straße heute möglich.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden **abgeänderten**

Beschluss:

Folgender Antrag gem. § 24 GO NRW wird als **Prüfauftrag an das Amt für Verkehr übermittelt mit der Bitte, Lösungsmöglichkeiten und Beschlussvorschläge für die Bezirksvertretung Jöllenbeck zu erarbeiten:**

Folgende Maßnahmen zur Entschärfung von Gefahrenstellen für Radfahrer:innen im Stadtbezirk Jöllenbeck sollen geprüft werden:

- Überprüfung der Einhaltung des Mindestabstandes von 2 m außerorts auf der Jöllenbecker Straße
- Überprüfung der Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 m innerorts bzw. 2 m außerorts in der Straße Telgenbrink, 33739 Bielefeld
- Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafräder mit Beiwagen auf der Laarer Str. 5, 33739 Bi – Stadtgrenze Bi-HF
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Laarer Str. in 33739 BI von 70 km/h auf 50 km/h senken
- Überprüfung des Mindestabstands von 1,5 m innerorts auf der Eickumer Str., Kreisverkehr bis Stadtgrenze

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 6 –
Drucksachennummer 2799/2020-2021

Zu Punkt 7

Einrichtung eines "Impflokal Nord" in Jöllenbeck (Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion v. 11.11.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2874/2020-2025

Herr Strothmann (CDU) erklärt, dass Impflokalen im Norden Bielefelds einzurichten, vergessen wurde.

Herr Bezirksamtsleiter Hansen erklärt, dass es formal darum geht, den Antrag zu bestätigen. Er hatte bereits Kontakt mit Herrn Wörmann. Ein Impflokal in Jöllenbeck ist vorstellbar. Ein Standort wird gesucht. Die Fa. BST ist angedacht. Der CVJM hat das Haus angeboten. Beide Standorte wurden weitergegeben. Es ist vorstellbar, an 2 Tagen alle 2 Wochen in Jöllenbeck zu impfen. Es gibt leider nicht mehr Arztkapazitäten. Die Ärzte wechseln die Standorte nach Tageslage um alle Gebiete bedienen zu können.

Herr Strothmann fragt nach den Rhythmen in anderen Lokalen.

Die sind lt. Herrn Hansen gleich. An der Radrennbahn wird täglich geimpft. Das Problem sind fehlende Landesmittel. Vielleicht werden die demnächst aufgestockt.

Wenn noch jemand eine Idee für eine Lokalität hat, bitte an das Bezirksamt melden, welches die Standorte weiterleitet.

Herr Bühner (SPD) fragt nach den Voraussetzungen.

Herr Hansen erklärt, es werden ca. 120 – 130 qm benötigt mit möglichst getrennten Ein- und Ausgängen, Tischen, Stühlen, Stellwänden, sanitären Anlagen, WLAN, Parkplätzen und einem Standort für einen RTW.

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Initiative. Er findet es aber erschreckend, dass trotz des Gesprächs mit Herrn Nürnberger Jöllenbeck vergessen wurde. Den Standort CVJM erachtet er als sehr gut, auch die Nähe zum Oberlohmannshof. Es solle auch über Impftage in Vilsendorf und Theesen nachgedacht werden.

Frau Lämmchen (CDU) schlägt vor, die Eignung des Gemeindehauses in Theesen zu prüfen.

Herr Bartels sagt, dass der erste Aufschlag ohne Jöllenbeck daher rühre, dass Jöllenbeck derzeit kein Hotspot sei.

Hierzu wurde am 12.11.2021 folgender Dringlichkeitsbeschluss gefasst.
Im Stadtbezirk Jöllenbeck ist mit guter Erreichbarkeit aus den Stadtteilen Schildesche und Dornberg ein lokales „Impflokal Nord“ zu errichten.

Die Begründung lautet:

Krisenstabsleiter Info Nürnberger hatte angekündigt, in circa 2 Wochen 5 dezentrale feste „Impflokalen“ einzurichten. Diese sollen nach Mitteilung in Brackwede, Heepen, Mitte, Sennestadt und Sieker entstehen. Im Norden Bielefelds stehen somit keine dezentralen Impfangebote zur

Verfügung. Ca. 85.000 Bürgerinnen und Bürger haben somit kein ortsnahe Impfangesbot für Erst-, Zweit- oder Drittimpfungen. Nur eine Vielzahl an schnellen Impfungen hilft uns, aus der vierten Welle herauszukommen. Die Hausärzte im nördlichen Bielefeld sind genauso an der Kapazitätsgrenze beim Impfen wie die Ärzte im Süden der Stadt. Daher muss ein dauerhaftes Impfangesbot, auch nördlich der Innenstadt, dringend angeboten werden, um die steigende Impfbereitschaft bedienen zu können.

Beschluss:

Im Stadtbezirk Jöllenbeck ist mit guter Erreichbarkeit aus den Stadtteilen Schildesche und Dornberg ein lokales „Impfokal Nord“ zu errichten.

Dieser Dringlichkeitsbeschluss wird

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 7 –
Drucksachennummer 2874/2014-2020

Zu Punkt 8

Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld - Beschluss und Umsetzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2581/2020-2025

Herr Strothmann (CDU) erachtet den Plan nicht als „großen Wurf“. Ihm fehlen in dem Plan die Zukunfts-Mobilität und die Digitalisierung (z. B. digitale Anzeigetafeln). Beides soll noch berücksichtigt werden. Eine Taktverdichtung um 10 Minuten macht keine Verkehrswende aus. Vieles bezieht sich auf den Stadtbezirk Mitte. Die Außenbezirke müssen besser miteinander vernetzt werden.

Man hat den Eindruck, dass die Außenbezirke vergessen wurden. Wo sind Vorschläge für Park-and-ride? Parkplätze müssen an der Stadtgrenze geschaffen, Verkehre frühzeitig abgefangen werden.

Der Ausbau und dessen Finanzierung von Anton müssen gesichert werden.

Herr Dr. Holtkamp (FDP) hat ein grundsätzliches Problem. Die Pläne sollen der Erreichbarkeit des Modal Split dienen. Bielefeld soll attraktiver werden. Mit welchen Mitteln kann das erreicht werden? 300.000 Wege müssen auf andere Verkehrsträger verlagert werden. ÖPNV und Radverkehr müssen gefördert werden. Herr Dr. Holtkamp zitiert Rechenmodelle. Als Ziel bleibe offenbar nur die Reduzierung des Autoverkehrs auf 50 %. Wenn nur das erreicht wird, erhöht es nicht die Attraktivität der Innenstadt. Ihm fehlt die Logik. Jöllenbeck hat 6 % der Einwohner Bielefelds. Wenn das Steueraufkommen ähnlich ist, ist Jöllenbeck mit 6 % an den Kosten beteiligt. Die Bezirke werden finanziell über Gebühr beteiligt, haben aber nichts davon. Daher kann er der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Digitalisierung nicht Thema des Nahverkehrsplanes ist, weil solche Details da nicht behandelt werden. Auch Park-and-ride ist nicht mit konkreten Maßnahmen im Plan aufgeführt.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels sieht teilweise im Gegensatz eine Kleinteiligkeit in der Vorlage bis hin zum Mülleiner an Haltestellen. Ein erheblicher Kosteneinsatz macht nur eine Steigerung der ÖPNV-Nutzung von gerade mal 2 % im Realszenario aus. Wenn moBiel in der Lage wäre, ein finanziell attraktives Angebot zu machen, wären die Ziele leichter erreicht.

Herr Bühner (SPD) kritisiert die ständig steigenden Preise für Tickets. Menschen werden mit günstigen Preisen gelockt. Wenn die Preise weiter steigen, steigt keiner um. Das Monatsticket ist z.B. viel zu teuer. MoBiel muss darauf hingewiesen werden, dass bezirksübergreifend agiert werden muss. Kinder und Jugendliche fahren mit dem Bus zur Schule, dürfen das Ticket aber nicht nachmittags nutzen. Wer von Anfang an Bus fahre, werde das auch weiterhin tun.

Herr Strothmann spricht sich für eine deutliche Vereinfachung des Tarifsystems aus. Maximal 3 Tarife wären sinnvoll. Niemand findet durch das aktuelle System durch. Wer zusätzliche Nutzer überzeugen will, muss über günstige Tickets und über ein einfaches System nachdenken. Hinzu kommt, dass das Stadtgrenzen überschreitende Ticket – z.B. nach Enger zur Schule – als 6er Abo 98 € koste.

Herr Feurich spricht sich für eine genaue Abrechnung von grenzüberschreitenden Fahrten aus. Über die MoBiel-App soll man sich einloggen und nur für die gefahrene Strecke zahlen müssen.

Herr vom Braucke kritisiert die zu hohen Preise ebenfalls. In Bielefeld sind wir an den Kapazitätsgrenzen, was das Netz betrifft. Eine Steigerung ist nur noch über den Busverkehr möglich, der aber auf normalen Straßen läuft. Wenn der Bus nicht mehr durchkommt, ist das genau so unattraktiv, wie Autofahren. Strecken müssen ertüchtigt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Bartels sieht dies im NVP abgebildet. Es müssen Busspuren ausgelobt werden. Das Problem in Schildesche (Kreuzung Talbrückenstraße/Beckhausstraße/Westerfeldstraße/Engersche Straße) ist nicht zu lösen. In der Presse wird über den Ausbau der Grafenheider Straße berichtet. Auch daraus entstehen Verkehre durch Jöllenbeck.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

- 1) Der dritte Nahverkehrsplan laut Anlage 1 und 2 wird als sektoraler Rahmenplan zusammen mit dem MIV-Konzept, dem RVK und dem Leitfaden der Fußverkehrsstrategie beschlossen und sukzessive umgesetzt.
- 2) Die Anmerkungen aus der Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange als auch aus der Bürgerbeteiligung werden zur Kenntnis genom-

men und entsprechend der Verwaltungskommentierung im NVP umgesetzt.

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, das Visionsszenario gemäß der Umsetzungsstrategie vorzubereiten und jeweils die finanziellen Auswirkungen bei der Haushaltsplanung der betreffenden Jahre zu berücksichtigen. Die Maßnahmen des „Bündel 1“ werden bereits in 2022 in die Umsetzung gebracht.
- 4) Das Umsetzungskonzept zur Barrierefreiheit gem. Drucksachennummer 2465/2020-2025 wird konsequent umgesetzt.
- 5) Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Finanzierungsvereinbarung mit der moBiel bei der Umsetzung zukünftiger Mehrleistungen zu erarbeiten.
- 6) Der NVP ist auf Stand zu halten und spätestens 2030 fortzuschreiben.

bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 8 –
Drucksachennummer 2581/2020-2025

Zu Punkt 8.1

Änderungsantrag zu TOP 7 "Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld" (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 15.11.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2926/2020-2025

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Änderungsantrag. 3 Jahre für die Machbarkeitsstudie sind zu lang. Er bittet um Zustimmung

Herr Strothmann (CDU) trägt den Antrag mit.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Nach Punkt 3 des Antrags ist als neuer Punkt zu ergänzen:

Die Entwicklung der Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 in Richtung Jöllenbeck ist gegenüber dem vorgestellten Zeitplan des Visionsszenarios im NVP deutlich zu beschleunigen. Insbesondere die Machbarkeitsstudie ist in einem Zeitrahmen von maximal 2 Jahren zu erstellen, anstatt hierfür den im Visionsszenario angesetzten Zeitrahmen von drei Jahren vorzusehen.

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 8.1 –
Drucksachennummer 2926/2020-2025

Zu Punkt 9

Information zur Beteiligung politischer Gremien und Bürger*innen bei Straßenplanungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2363/2020-2025

Die Bezirksvertretung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 9 –
Drucksachennummer 2363/2020-2025

Zu Punkt 10

41. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Jöllenbeck)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2520/2020-2025

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zu beschließen.

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 10

Zu Punkt 11

Erlass der Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes gemäß § 67 Abs. 2 der Gewerbeordnung auf den Bielefelder Wochenmärkten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2193/2020-2025

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen Brackwede, Mitte, Schildesche, Senne, Senne-
stadt, Heepen, Stieghorst und Jöllenbeck nehmen zur Kenntnis ...

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt
dem Rat zu beschließen ...

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Verordnung über die Ge-
genstände des Wochenmarktes gem. § 67 Abs. 2 der Gewerbeordnung
auf den Bielefelder Wochenmärkten.

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 11 –
Drucksachenummer 2193/2020-2025

**Zu Punkt 11.1 Änderungsantrag zu TOP 10 "Erlass der Verordnung über die
Gegenstände des Wochenmarktes", Drucksachen-Nr.:
2193/2020-2025 (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen v. 16.11.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2927/2020-2025

Herr Feurich (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Änderungsantrag.

Die Ergänzung ist sinnvoll und in anderen Städten schon praktiziert. Es
solle auch verpackte Naturkosmetika aufgenommen werden.

Die Bezirksvertretung fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck empfiehlt dem HWBA und dem Rat, die
Produktgruppe „Pflege- und Kosmetikartikel“ in die Liste zu § 1 der „Ver-
ordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes gemäß § 67 Abs. 2
der Gewerbeordnung auf den Bielefelder Wochenmärkten“ aufzunehmen.

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 11.1 –
Drucksachenummer 2927/2020-2025

Zu Punkt 12

Verwendung von Sondermitteln für den Stadtbezirk Jöllenbeck im Haushaltsjahr 2021

Herr Bühner (SPD) schlägt vor, jedem der Antragsteller 1/5 der verbliebenen 1.063,00 € zukommen zu lassen, das sind 212,60 €.

Die Bezirksvertretung beschließt, folgende Sondermittel zu vergeben:

Beschluss:

Falken Kindertagesstätten Bielefeld e.V.	Turngeräte (Erlebnismatte unter 3 Jahren), Balance Board f. Kinder m. erhöhten Förderbedarf	212,60 €
Kinderhaus Sternensegler	Atelier für Kinder (6-8 Sitzhocker, 2 Schraubstöcke, Werkzeug)	212,60 €
Quartierszentrum Oberlohmannshof	Weihnachtsprojekt	212,60 €
TuS Jöllenbeck e.V.	Trainingsmaterialien, Bälle, Trikots	212,60 €
Betreuungsverein Grundschule Theesen	Bastelmaterial	212,60 €

einstimmig beschlossen

BV Jöllenbeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 12

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 13.1

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand - "Einschnürung" auf dem Telgenbrink Höhe Mondsteinweg nachbessern

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9520/2014-2020

Zur Sitzung am 09.09.2021 wurde die Planung der Querungshilfe/Einschnürung auf dem Telgenbrink Höhe Mondsteinweg zur Kenntnis gegeben.

Das Amt für Verkehr bittet um kurze Rückmeldung, ob die Planung in der vorgelegten Form umgesetzt werden soll.

Die BV ist über die vorgelegte Planung sehr erfreut und stimmt dieser zu.

**Zu Punkt 13.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand – Bebauungsplan II/V 6 „Wohnen
zwischen den Straßen Blackenfeld und Heidbreite**

Am 27.10.2021 wurde per Mail eine Nachricht des Bauamtes zur Berichtigung der Vorlage des BPlans Nr. II/V 6 „Wohnen zwischen den Straßen Blackenfeld und Heidbreite“ an alle Bezirksvertretungsmitglieder versandt.

BV Jöllenberg – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 13.2

**Zu Punkt 13.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand – Radroute BI 3 „Vilsendorfer
Schweiz“**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 1314/2020-2025

Am 29.04.2021 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Streckenplanung der Radroute BI 3 „Vilsendorfer Schweiz“ eine Führung über eine Straße mit hohem Kfz.-Aufkommen vermieden werden kann.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Streckenführung der BI3 „Vilsendorfer Schweiz“ (jetzt Radtouren-Tipp 3 Schildesche und Vilsendorf) wurde auf Grundlage des beschlossenen Hauptroutennetzes aus dem Jahr 2018 neu beschildert. Die Hauptrouten wurden mit dem Beschluss des Radverkehrskonzeptes im Jahr 2020 bestätigt. Die Beschilderung des gesamten Freizeitradroutennetzes ist abgeschlossen.

Wenn Änderungen im Freizeitrouthenetz vorgenommen werden und die Anpassung des Karten- und Infomaterials nötig wird, werden die Anregungen zum Radtouren-Tipp 3 mit berücksichtigt.

BV Jöllenberg – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 13.3 –
Drucksachenummer 1314/2020-2025

Zu Punkt 13.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand – Radverkehrsanlage Eickumer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0363/2020-2025

Am 25.02.2021 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, auf der Eickumer Straße vom Kreisel am Adlerdenkmal bis zum Ortsausgang eine beidseitige durchgängige Radverkehrsanlage einzurichten.

Diese soll da, wo es die Straßenbreite zulässt, als Radfahrstreifen geführt werden.

An Straßenabschnitten, die einen Radfahrstreifen von der Breite her nicht zulassen, soll die Radverkehrsanlage als Schutzstreifen geführt werden.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Eickumer Straße wurde im Radverkehrskonzept als Hauptroute Kategorie I definiert und entsprechend priorisiert. Das Umsetzungskonzept Rad hat den Planungsbeginn auf das Jahr 2027 festgelegt, da hier alle Maßnahmen für den Ausbau des Radverkehrsnetzes Berücksichtigung gefunden haben und in den gesamtstädtischen Zusammenhang gestellt wurden.

BV Jöllenebeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 13.4 –
Drucksachennummer 0363/2020-2025

Zu Punkt 13.5 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand – Tiesloh als Fahrrad- und Fußweg aufwerten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11112/2014-2020

Am 16.05.2020 fasste die Bezirksvertretung folgenden Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, die Straße Tiesloh zwischen Pöppelmannstraße und Beckendorfstraße als Fahrrad- und Fußweg aufzuwerten (im Anschluss an die Straße Am Pfarrholz). Zwischen Pöppelmannstraße und Kindermanns Heide ist die Wegstrecke zu erweitern.

Hierzu teilt das Amt für Verkehr folgendes mit:

Die Radhauptverbindung über die Straße „Tiesloh“ und „Am Pfarrholz“ ist für eine Umsetzung im Jahr 2023 vorgesehen. Der Maßnahmenvorschlag aus dem Radverkehrskonzept beinhaltet die Einrichtung einer Fahr-

radstraße. Dies wird entsprechend geprüft, wenn die planerischen Arbeiten beginnen. Die Einbeziehung des Fußverkehrs wird dabei entsprechend berücksichtigt.

BV Jöllenebeck – 18.11.2021 – öffentlich – TOP 13.5 –
Drucksachennummer 11112/2014-2020